

**Otfried Jarren, Matthias Künzler, Manuel Puppis (Hg.):
Medienwandel oder Medienkrise? Folgen für
Medienstrukturen und ihre Erforschung**

Baden-Baden: Nomos 2012 (Medienstrukturen, Bd. 1), 229 S.,
ISBN 978-3-8239-6664-5, € 34,-

Über den Wandel und/oder die Krise des Mediensystems wird gegenwärtig vielfach und auch unterschiedlich debattiert. Dieser Sammelband, von dem die Herausgeber des Züricher Instituts für Publizistikwissenschaft und Medienforschung nicht erklären, wie er zustande gekommen ist, bietet dafür drei nicht ganz konsistente Ansätze: die Krise des Journalismus, die Folgen verschiedener Formen der Medienfinanzierung und die Strukturen und Maßnahmen der Medienregulierung, primär auf europäischer Ebene: Vorwiegend sind es eher deskriptive, teils auch essayistische Beiträge oder auch nur Statements („Kommentare“), so dass weder die tatsächlichen Ausmaße von Krise und Wandel hinreichend empirisch erkennbar noch die im Untertitel genannten Konsequenzen für die Medienstrukturen und analytischen Aufgaben thematisiert werden. In einigen Beiträgen ist von einer „Düsseldorfer Debatte“ (z.B. S.170, 221) die Rede, auf die sie sich argumentativ beziehen, ohne dass diese irgendwo näher erläutert wird.

Zum „Auftakt“ leisten die Herausgeber „Begriffsarbeit“ und Konkretisierungen von Wandel – als langfristigen Prozess – und Krise: Diese wird als „Umbruchphase“ infolge „veränderter technischer, sozialer und/oder poli-

tischer Strukturen“ (S.13) gekennzeichnet und primär als Finanzierungs- und tagesaktueller Krise der Presse qualifiziert (S.14ff) – was Otfried Jarren in gewohnt pointierter Weise in seinem (späteren) „Kommentar“ (S.165ff) rekapituliert. Als Alternativen werden die schon häufig genannten Subventionen (Stiftungen, öffentliche Mittel, Spenden, Presseförderung) erörtert, wobei ‚der‘ Medienpolitik eine wichtige Rolle zugeschrieben wird: *Governance* ist die Maxime, die zu mehr Co-Regulierungen bis hin zur globalen Ebene führen soll. Eine ganz andere Krise diagnostiziert hingegen Norbert Schneider, ehemals Direktor der nordrhein-westfälischen Medienanstalt: nämlich – gemäß schon klassischer Medienkritik – eine Konzept- und Inhaltskrise des nur noch „Aufmerksamkeit und Sensationalismus“ gierenden Journalismus. Den sieht Klaus-Dieter Altmeyen von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt überhaupt nicht in Gefahr, sofern er sich nicht als „Geschäft“ definiert, sich der kursierenden Ökonomisierung entzieht und seine „gesellschaftlich erwarteten Leistungen“ wie seit jeher erbringt (S.41). Wandel und Krise vollzögen sich nur „publizistisch im Wettbewerb der journalistischen

Organisationen und ökonomisch im Wettbewerb der Medienorganisationen“ (S.45). Der Journalismus sei und war nie ein „Geschäftsmodell“ (S.49), er wird sogar als „technologieunabhängig“ (S.50) überhöht; zwar benötige er eine „Distributionsinstanz“, aber Medien müssten nicht „zwangsläufig der Distributor“ sein und sie „könnten auch ohne journalistische Inhalte existieren“ (S.49). Das sind doch recht krude Setzungen, die alle medienwissenschaftlichen Erkenntnisse und Theorien zur Medialität und Kommerzialisierung des Journalismus vom Tisch fegen und die Publizistikwissenschaft in ihre (früheren) idealistisch-normativen Verklärungen zurückhieven. Man hätte gern erfahren, was dazu die Herausgeber und all die anderen, hier apostrophierten „Krisen-Apologeten“ (S.47) sagen.

In einem (mit vornehmlich amerikanischen Daten) empirisch fundierten Beitrag diskutiert Christoph Neuberger (Universität München), welche „journalistischen Leistungen“ Laienkommunikatoren erbringen (können) und ob „Bürgerjournalismus“ eine Lösung für die Medienkrise sein könnte. Trotz häufiger Beschwörungen sei die Forschung aber noch „sehr lückenhaft“ (S.71). Es zeichne sich gleichwohl ab, dass „citizen journalists“ (S.54) vorwiegend auf die Recherchen und Produkte des professionellen Journalismus aufsetzen und diese kommentieren. Eine künftige Option könnten daher Konzepte der Kooperation sein, der so genannte „Pro-Am Journalism“ (S.56) zwischen Profis und Amateure, womit

allerdings die drängenden Finanzprobleme sicherlich nicht gelöst werden können. In ihrem kurzen Statement sieht Barbara Thomaß (Bochum) den Bedarf an und den Druck auf Medienethik durch die Krise des Journalismus gewachsen, während Josef Seethaler (Universität Wien) mit einem Rekurs auf zwei Eurobarometer-Umfragen (von 2001 und 2010) einen erheblichen Vertrauensverlust der RezipientInnen in die Medien und deshalb einen „Handlungsbedarf für Politik, Medienunternehmen und Journalisten“ (S.84) konstatiert; er wird aber nicht weiter erklärt.

Im zweiten Teil zeigt der kürzlich verstorbene Hans J. Kleinsteuber (dem der Band postum gewidmet wurde) auf, welche Stiftungen in den USA nach welchen Modalitäten den Journalismus unterstützen, und fragt sich nach der Übertragbarkeit dieser Praktiken auf Deutschland. Wie schon für die Presse erörtert dann Helmut Peissel Chancen und Leistungen freier Radios als „public service von unten“ (S.123). Doch auch sie hängen von einer ausreichenden, in der Regel öffentlichen Finanzierung ab, um längerfristig planen und ihre Mitarbeiter qualifizieren zu können, so Peissel. Für die Schweiz beschreibt Werner A. Meier (Universität Zürich) die bestehende öffentliche und staatliche Finanzierung der Medien. Da er davon ausgeht, dass „relevanter und bürgernaher Qualitätsjournalismus“ (S.127) immer weniger von der Werbung finanziert werde, fordert er neue Finanzierungsmodelle, die er nicht weiter ausführt. Solche Engpässe befürchtet der Jenaer Medienökonom Wolfgang Seufert nach einer aufwen-

digen betriebswirtschaftlichen Strukturierung von Rentabilitäten sowohl für die traditionellen Medien als auch für das Internet. Denn auch in ihm werden vorzugsweise die Webseiten mit den „höchsten Nutzerzahlen“ (S.161) von der Werbung getragen. Ob ihre Erlöse für Querfinanzierungen ausreichen und crossmediale Verwertungen ermöglichen oder ob endlich verlässliche und genügende Entgeltfinanzierungen im Internet gefunden werden, stehe derzeit noch aus. Als einziger hält Jarren die Verleger und Journalisten, insbesondere die von Regional- und Lokalzeitungen, für die Krise für mitverantwortlich, da sie sich kaum mehr mit dem nötigen Umfang und der zu erwartenden Qualität ihrer publizistischen Leistungen, aber auch nicht mit dem „Wert ihrer Leserinnen und Leser“ befassen (S.165). Um entsprechende Produkte hinreichend zu finanzieren, müssten diverse Modelle der Mischfinanzierung erprobt werden, aber auch Gebühren, wie sie der zunehmend wichtiger werdende öffentlich-rechtliche Rundfunk erhält, seien zu erwägen.

Der dritte Teil – mit „Medienregulierung – zunehmend europäisch?“ überschrieben – passt schließlich nicht mehr so recht zum Titelspektrum. Denn die vier Beiträge beschreiben im Wesentlichen, welche Beschlüsse und Positionen die EU und der Europarat zu den Medien seit der legendären Fernsehrichtlinie von 1989 gefasst haben und wie die bis dato vorherrschende getrennte Behandlung von Rundfunk und Telekommunikation infolge der anhaltenden Konvergenz obsolet wird. Von Finanzierungsmodellen oder gar

Krisenbewältigung ist da nicht die Rede. Allein Wolfgang Schulz vom Hamburger Hans-Bredow-Institut (S.221ff.) wagt in seinem kurzen Statement eine politische Einschätzung: Er erkennt zwar eine „Europäisierung“ des Medienrechts etwa beim Datenschutz, Urheberrecht und bei der Netzneutralität, aber infolge der strikten Ausrichtung auf den Markt lassen sich von der EU derzeit weder Vielfaltssicherung noch Finanzierungskonzepte erwarten.

Einmal mehr belegt dieser Sammelband insgesamt, dass „Wandel“ und/oder „Krise“ der Presse ungleich gründlicher und langfristiger empirisch erforscht werden müssten; Tagungen und pragmatische Artikel in Reader können dafür Anstöße geben, aber nicht den erforderlichen Fundus liefern

Hans-Dieter Kübler
(Werther)